Kantonsrat Zürich | Parlamentsdienste

Medienmitteilung

Zürich, 29. Oktober 2026

Beschlüsse der Kommissionen

FIKO: Neue Kriterien für die konsolidierte Rechnung des Kantons Zürich
Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, einer Änderung des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung (CRG) zuzustimmen (6072). Künftig sollen klare Kriterien dafür gelten, welche Organisationen in der konsolidierten Rechnung des Kantons berücksichtigt werden. Grundsätzlich werden Organisationen aufgenommen, die eine öffentliche Aufgabe erfüllen und vollständig dem Kanton gehören, sowie kantonale Anstalten und öffentlich-rechtliche Stiftungen. Ausgenommen bleiben die EKZ, die GVZ, die SVA und die ZKB, da deren Einbezug die Darstellung der Kantonsfinanzen verzerren würde. Neu entscheidet der Kantonsrat über Ausnahmen. Gleichzeitig soll das Postulat zum Risikobericht in der Kantonsrechnung (KR-113/2023) als erledigt abgeschrieben werden.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

FIKO: Postulat soll mit abweichender Stellungnahme abgeschrieben werden
Die Finanzkommission (FIKO) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 2 Stimmen, das Postulat betreffend «Compliance in der kantonalen Verwaltung» mit einer abweichenden Stellungnahme als erledigt abzuschreiben (KR-Nr. 158/2023). Die FIKO hält darin fest, dass der Bericht des Regierungsrates vorwiegend den bestehenden Zustand beschreibt, ohne diesen kritisch zu beurteilen oder den Handlungsbedarf für die Weiterentwicklung der Compliance aufzuzeigen. Mit dem Postulat wurde ausdrücklich eine Einschätzung dazu verlangt, was der Regierungsrat als «Best Practice» erachtet und welchen Handlungsbedarf er zur Erreichung des angestrebten Soll-Zustands sieht. Zudem ist für die FIKO nicht nachvollziehbar, weshalb der Regierungsrat die Ergebnisse einer früheren, von der FIKO in Auftrag gegebenen Studie nicht berücksichtigt. Diese hatte ergeben, dass Handlungsbedarf besteht, und sie enthielt auch konkrete Empfehlungen zur Verbesserung der Compliance.

FIKO-Präsident: Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), 079 700 22 21

GPK: Genehmigung der Jahresberichterstattung zum Forensischen Institut beantragt
Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die Berichterstattung zum Leistungsauftrag, den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2025 des Forensischen Instituts Zürich (FOR) zu genehmigen (6092). Das FOR ist seit dem 1. Januar 2022 eine selbständige öffentlich-rechtliche Anstalt des Kantons Zürich. Entstanden ist es aus der Zusammenführung der Kriminaltechnischen Abteilung der Kantonspolizei Zürich sowie des Wissenschaftlichen Dienstes bzw. des Wissenschaftlichen Forschungsdienstes der Stadtpolizei Zürich.

GPK-Präsidentin: Alexia Bischof (Die Mitte, Wädenswil), 079 452 13 37

Parlamentsdienste, Haus zum Rechberg, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: +41 43 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch

KPB: Bauprogramm der Staatsstrassen soll zur Kenntnis genommen werden
Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig die Kenntnisnahme des Bauprogramms der Staatsstrassen für die Jahre 2027 bis 2029 (6116). Mit dem Bericht legt der Regierungsrat dem Kantonsrat gemäss Strassengesetz das Bauprogramm der nächsten drei Jahre für die Staatsstrassen im Kanton Zürich vor. Gleichzeitig informiert er über die aktuellen Entwicklungen im Bereich der strategischen Grundlagen und die Umsetzung von neuen Bundesvorgaben im Bereich Verkehr.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

KPB: Langfristige, strategische Immobilienplanung LSI 2026 soll genehmigt werden
Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die langfristige, strategische Immobilienplanung LSI 2026 zu genehmigen (6118). Das Immobilienamt erstellt jährlich eine Planung für die Immobilien des Kantons und seiner öffentlich-rechtlichen Anstalten, einschliesslich der Universität Zürich und der Immobilien der Fonds im Verwaltungsvermögen. Der Kantonsrat genehmigt die LSI gleichzeitig mit der Festlegung des Budgets und des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF).

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

JUKO: Wahlvorschläge für Schiedsgericht sollen bestätigt werden
Die Justizkommission (JUKO) beantragt einstimmig, den Wahlvorschlägen des Regierungsrates für die Nachwahl der Mitglieder des Schiedsgerichts in Sozialversicherungsstreitigkeiten zu folgen und die vorgeschlagenen Kandidatinnen und Kandidaten für die Amtsdauer 2025–2031 zu wählen (6101). Das Schiedsgericht in Sozialversicherungsstreitigkeiten beurteilt im Rahmen der Gesetzgebung der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Militärversicherung als einzige kantonale Instanz Streitigkeiten zwischen Versicherern und Leistungserbringern. Es setzt sich aus einer neutralen vorsitzenden Person sowie einer gleichen Anzahl von Vertretungen der Versicherer und der Leistungserbringer zusammen. Gemäss Gesetz wählt der Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrates die Mitglieder des Schiedsgerichts.

JUKO-Präsident: Davide Loss (SP, Thalwil), 079 619 66 76

Im vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.

Parlamentsdienste, Haus zum Rechberg, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich
Telefon: +41 43 259 20 12 – ronny.nicolussi@pd.zh.ch